DGB-Führung für Leiharbeit

Erinnern wir uns: Mit ihren Angriffen auf die Arbeiter, Erwerbslosen und Rentner ("Agenda 2010") hat die Schröder-Regierung der Leiharbeit zum ungehinderten Durchbruch verholfen. Das geänderte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz schrieb immerhin noch gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen fest. Es sei denn - und hier kommt die schmuddelige Rolle des DGB ins Spiel - es sei denn, ein Tarifvertrag regelt etwas anderes. Und genau das war der Deal des damaligen Wirtschaftsministers Clemens mit dem DGB: Die Gewerkschaften sorgen für einen Tarifvertrag, der deutlich unter "equal pay" liegt. Vorgeschoben vom Kapital wurden die so genannt christlichen Gewerkschaften, die es eigentlich nur auf dem Papier gab. Die christlichen Tarife von 7 Euro .. wurden noch viel christlicher vom DGB getoppt - nämlich um ganze 20 Cent. Worauf der DGB mächtig stolz war und die Kapitalisten endlich ihren legalen Niedriglöhner hatten, den sie gegen die Stammbelegschaften und gegen die Arbeiter der ganzen Welt einsetzen konnten.

Das war im Jahr 2003. Inzwischen haben sogar die Gerichte festgestellt, dass ein Stück Papier, auch wenn es noch so christlich ist, keine Gewerkschaft sein kann und hat die christlichen Tarifverträge für null und nichtig erklärt. Übrig blieben die unchristlichen Streikbrecher-Tarife des DGB. Man könnte meinen, jetzt könnte der DGB doch seine Tarifverträge zur Leiharbeit kündigen - (Kündigungstermin 30. April 2013), damit wieder das Gesetz, also gleiche Bezahlung gilt. Doch es scheint wieder einen schmutzigen Deal mit Regierung und Kapital zu geben: Mit blödesten Argumenten wird fest gehalten an diesen Billig-Tarifen. Für diese Argumente gibt es keinerlei Grundlage (außer man will auf Teufel-komm-raus festhalten am Niederkonkurrieren anderer Länder) und schon gar keine gewerkschaftlichen Argumente (siehe auch Stellungnahme des Bremer Arbeitsrechtlers Prof. Däubler).

Die CGM hat mittlerweile Folgendes erklärt: "Das Kapitel Zeitarbeit endet für uns endgültig am 31. März... alle Tarifverträge sind gekündigt, wir sind raus." Folglich, stellt die CGM fest, könnte es jetzt binnen von 3 Monaten "equal pay", also gleiche Bezahlung, wie für die Stammmannschaft geben. Könnte - wenn jetzt auch endlich der DGB kündigen würde. Dazu die CGM weiter: "Wir sind sehr gespannt, ob der DGB bereit ist, diesen Schritt wirklich zu gehen - konsequent wäre er."

Der DGB ist konsequent. Konsequent für Niedriglöhne, für die Spaltung, für die Entrechtung, für den Tagelöhner, der die spanischen, italienischen, französischen Arbeiter kaputtkonkurriert und so den Kapitalismus retten soll.

Sofortige Kündigung der Tarifverträge zur Leiharbeit! Verbot der Leiharbeit!

(Der Artikel ist entnommen der Kollegenzeitung bei Daimler in Bremen. E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de)

Erklärung der Teilnehmer der **Vierten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik** am

23./24. März 2013 Mannheim Gewerkschaftshaus

Wir stellen fest, dass die Weltwirtschaftskrise weiter wütet und die Widersprüche im Endstadium des Kapitalismus sich erheblich zuspitzen. Das System des niedergehenden Kapitalismus, des Imperialismus, ist nicht in der Lage die dringendsten Probleme der Menschheit zu lösen. Schon zwei Mal sah das deutsche Großkapital den letzten Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise im Weltkrieg.

Wir stellen fest, dass die miliardenschweren Besitzer der großen deutschen Konzerne und Banken sich gerüstet haben gegen die Arbeiter und das Volk mit Gesetzen und Verordnungen, der Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, wie sie in den gemeinsamen Terrorismusabwehrzentren praktiziert wird, der Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bundespolizei, wie sie von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst verboten wurde, der Ausweitung der Befugnisse des BKA hin zu einer verbotenen Geheimpolizei, dem Heimatschutz, der zivile Organisationen unter das Kom- mando der Bundeswehr stellt und Reservisten in einem Maße organisiert, wie sie nur gegen uns Arbeiter und Angestellte gerichtet sein kann, der Einsatz der Bundeswehr im Ausland sowie im Inland außerhalb des Grundgesetzes, der verstärkten Rekrutierung durch die Bundeswehr in den Arbeits-

ämtern und Schulen, dem THW im Einsatz als Streikbrecherorganisation und als Nachhut für die Bundeswehr, der weitgehenden Verflechtung von Industrie und Militär, dem Entscheid des Bundesverfassungsgericht vom August 2012, den Militäreinsatz im Inland zu erlauben.

Wir stellen fest, dass durch die kriegsökonomischen Maßnahmen im Endstadium des Kapitalismus, die Aufhebung des Normalarbeitstages sich im fortgeschrittenen Zustand befindet, dass der Arbeiter seine Arbeitskraft nicht mehr frei verkaufen kann, er in Leiharbeit und Werkverträge gezwungen wird, zum Verkauf seiner Arbeitskraft weit unter Wert. Dass es unsere Gewerkschaften selbst waren, die z.B. mit dem „Pforzheimer Abkommen" und „Lohnkürzungsverträgen" dafür den Weg bereitet haben.

Wir stellen fest, dass mit dem Lohnkampf kein Ausweg gegen die Wirkungen des kapitalistischen Systems zu erreichen ist, dass wir uns an ein System knebeln von dem wir bedroht werden. Der Kampf gegen die Auswirkungen kann niemals erfolgreich sein, wenn er nicht gegen die Ursachen geführt wird. Einen „gerechten Lohn für gerechte Arbeit" wird es im Kapitalismus nicht geben. Der Ausweg kann nur heißen: Weg mit dem Lohnsystem, Abschaffung des Lohnsystems.

Wir stellen fest, dass unsere Jugend von den Häschern des Militärs immer mehr bedrängt wird an Schulen, Lehrwerkstätten und Universitäten, dass durch Kooperation von Bundeswehr mit Kultusministerien das Kriegshandwerk staatlichen Zugang zu den Schulen erhält. Mit dem Tarifvertrag „Förderjahr" tragen unsere Gewerkschaften auch noch zur Entrechtung der Jugend bei. Die Jugendlichen sind weder Beschäftigte noch Auszubildende, sind aber zur Arbeit im Betrieb verpflichtet. Vom Arbeitsdienst zum Kriegsdienst ist da nur noch die logische Folgerung.

Wir stellen fest, dass mit der Ankündigung einer gemeinsamen Erklärung von DGB und Bundeswehr, gegen Gewerkschaftstagbeschlüsse, gegen antifaschistische und antimilitaristische Bestimmungen in gewerkschaftlichen Satzungen und Präambeln verstoßen wird. Einen Schulterschluss von Gewerkschaften und Militär kann es nicht geben. Wir lassen uns nicht in Volksgemeinschaft nehmen und zur Schlachtbank führen, zumal das Bundesverfassungsgericht beschlossen hat, dass das Militär bei „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes" bei Generalstreik also, vor dem Betrieb stehen wird, gegen uns.

Folgernd aus dem was festzustellen ist, was längst nicht alles ist, aber schon viel zu viel ist, ergibt sich, dass der Kapitalismus in seinem Endstadium uns weder Existenz noch Frieden sichern kann, dass ein Ausweg nur gegen den Kapitalismus möglich ist, dass wir unsere Anstrengungen verstärken müssen, gegen den deutschen Kriegskurs und im Kampf um unsere Gewerkschaften.

- **Kein Schulterschluss von DGB und Bundeswehr**
- **Schluss mit dem deutschen Streikbruch gegen andere Arbeiter und Völker**
- **Schluss mit der Entrechtung der Jugend**
- **Aufhebung der Pforzheimer Beschlüsse**
- **Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen**
- **Aufhebung der Hartz-Gesetze**
- **Sozialkassen in Arbeiterhand**
- **Kein deutsches Diktat über Europa – für den deutschen Staatsbankrott**
- **Klassenkampf statt Weltkrieg**

Wir rufen euch auf zur Beteiligung am Aktionszug

„Klassenkampf statt Weltkrieg"

2013 in die tschechische Republik und 2014 in die Republik Polen.

Weitere Informationen über den „Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik"

Kontakt: Rainer Herth, Birkholzweg 11, 60433 Frankfurt/M, Tel: 069/832754, Fax:069/83833431, Mail: R@inerHerth.de

Konto: Rainer Herth, DiBa Frankfurt, Konto-Nummer 5404180292, BLZ 50010517

Herausgegeben von Münchner Teilnehmern der IV. Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz anlässlich des bundesweiten Aktionstags gegen die Tarifverhandlungen des DGB zur Leiharbeit 26.6.2013.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: W. Smuda, Tulbeckstr. 4, 80339 München. Eigendruck im Selbstverlag.